

Entschließungsantrag **der Fraktion der CDU/CSU**

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1981

hier: Einzelplan 11

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung
– Drucksachen 9/50 Anlage, 9/481 –

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die im Schreiben des Präsidenten des Bundesrechnungshofs vom 11. Dezember 1980 an den Bundesminister der Finanzen – VI 1 – 40–12–04 – vorgeschlagenen Möglichkeiten zur Verbesserung der Finanzlage der Bundesanstalt für Arbeit zu prüfen und insbesondere

- a) im Haushaltsausschuß und im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zu berichten, wieweit durch Änderung von Verwaltungsvorschriften erforderliche Einsparungen vorgenommen werden können,
- b) Verwaltung und Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit zu veranlassen, eine Überprüfung und Korrektur solcher Verwaltungsvorschriften im Rahmen ihrer Kompetenz vorzunehmen,
- c) spätestens zusammen mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 1982 einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die vom Bundesrechnungshof angeregte Straffung der Voraussetzungen für die Zahlung von Arbeitslosengeld durchgeführt wird.

Bonn, den 3. Juni 1981

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

